

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz (Formals „Freiburger Zeitung“)

Abonnementspreise:
12 Monate 6 Monate 3 Monate 1 Monat
Schweiz: Fr. 12.— Fr. 6.— Fr. 3.— Fr. 1.—
Ausland: Fr. 15.— Fr. 8.— Fr. 4.— Fr. 1.50—
Die Geschäftsnummer allein: pro Jahr 2 Fr. 50.
Postabonnements für das Ausland sind am liebsten
bei den Postämtern zu bestellen, und dort ist der Abonnementpreis zu
erfragen. Geschäftsnummer allein: pro Jahr 2 Fr. 50.
Stellen, Gehälter, Anzeigen, Inserate und d. d. d. d.

Inserationspreise:
1. Linie 1. Tag 20 Hfr.
2. Linie 1. Tag 15 „
3. Linie 1. Tag 10 „
4. Linie 1. Tag 5 „
5. Linie 1. Tag 3 „
6. Linie 1. Tag 2 „
7. Linie 1. Tag 1 „
8. Linie 1. Tag 1 „
9. Linie 1. Tag 1 „
10. Linie 1. Tag 1 „
11. Linie 1. Tag 1 „
12. Linie 1. Tag 1 „
13. Linie 1. Tag 1 „
14. Linie 1. Tag 1 „
15. Linie 1. Tag 1 „
16. Linie 1. Tag 1 „
17. Linie 1. Tag 1 „
18. Linie 1. Tag 1 „
19. Linie 1. Tag 1 „
20. Linie 1. Tag 1 „
21. Linie 1. Tag 1 „
22. Linie 1. Tag 1 „
23. Linie 1. Tag 1 „
24. Linie 1. Tag 1 „
25. Linie 1. Tag 1 „
26. Linie 1. Tag 1 „
27. Linie 1. Tag 1 „
28. Linie 1. Tag 1 „
29. Linie 1. Tag 1 „
30. Linie 1. Tag 1 „
31. Linie 1. Tag 1 „
32. Linie 1. Tag 1 „
33. Linie 1. Tag 1 „
34. Linie 1. Tag 1 „
35. Linie 1. Tag 1 „
36. Linie 1. Tag 1 „
37. Linie 1. Tag 1 „
38. Linie 1. Tag 1 „
39. Linie 1. Tag 1 „
40. Linie 1. Tag 1 „
41. Linie 1. Tag 1 „
42. Linie 1. Tag 1 „
43. Linie 1. Tag 1 „
44. Linie 1. Tag 1 „
45. Linie 1. Tag 1 „
46. Linie 1. Tag 1 „
47. Linie 1. Tag 1 „
48. Linie 1. Tag 1 „
49. Linie 1. Tag 1 „
50. Linie 1. Tag 1 „
51. Linie 1. Tag 1 „
52. Linie 1. Tag 1 „
53. Linie 1. Tag 1 „
54. Linie 1. Tag 1 „
55. Linie 1. Tag 1 „
56. Linie 1. Tag 1 „
57. Linie 1. Tag 1 „
58. Linie 1. Tag 1 „
59. Linie 1. Tag 1 „
60. Linie 1. Tag 1 „
61. Linie 1. Tag 1 „
62. Linie 1. Tag 1 „
63. Linie 1. Tag 1 „
64. Linie 1. Tag 1 „
65. Linie 1. Tag 1 „
66. Linie 1. Tag 1 „
67. Linie 1. Tag 1 „
68. Linie 1. Tag 1 „
69. Linie 1. Tag 1 „
70. Linie 1. Tag 1 „
71. Linie 1. Tag 1 „
72. Linie 1. Tag 1 „
73. Linie 1. Tag 1 „
74. Linie 1. Tag 1 „
75. Linie 1. Tag 1 „
76. Linie 1. Tag 1 „
77. Linie 1. Tag 1 „
78. Linie 1. Tag 1 „
79. Linie 1. Tag 1 „
80. Linie 1. Tag 1 „
81. Linie 1. Tag 1 „
82. Linie 1. Tag 1 „
83. Linie 1. Tag 1 „
84. Linie 1. Tag 1 „
85. Linie 1. Tag 1 „
86. Linie 1. Tag 1 „
87. Linie 1. Tag 1 „
88. Linie 1. Tag 1 „
89. Linie 1. Tag 1 „
90. Linie 1. Tag 1 „
91. Linie 1. Tag 1 „
92. Linie 1. Tag 1 „
93. Linie 1. Tag 1 „
94. Linie 1. Tag 1 „
95. Linie 1. Tag 1 „
96. Linie 1. Tag 1 „
97. Linie 1. Tag 1 „
98. Linie 1. Tag 1 „
99. Linie 1. Tag 1 „
100. Linie 1. Tag 1 „

Redaktions- und Verwaltungsbureau: Heroldstrasse 35, Freiburg (Schweiz), Telefon 4.06. — Annoncenverlag: PUBLICITAS, Schweizer Annoncen-Expedition A.-G., Telefon 1.35

Tages-Nachschau.

In Berlin hielten die Parteien der Rechten und der Demokraten Besprechungen ab, die noch fortgesetzt werden. Der „Diktator Romano“ demontiert die Meinung eines Blattes, monach sich der Papst in die Politik der italienischen katholischen Volkspartei eingemischt habe und erklärt, daß der Vatikan der Haltung aller politischen Parteien vollständig fernstehe.
Der ungarische Ministerrat befahte sich mit den jüngsten politischen Ereignissen und gab der Enschlossenheit Ausdruck, mit allen Mitteln in der Hand Ordnung zu halten. In einer teilweise förmlich verlaufenden Versammlung protestierten die Sozialisten gegen die Erhöhung des Weizenpreises.
Der Nationalrat nahm die Vorlage betr. Erhöhung der Eisenbahntarife einstimmig an. Die neuen Tarife treten am 1. Oktober in Kraft.
Die Liga der schweizerischen Konsumvereine spricht sich in einer Eingabe an den Bundesrat gegen die Bollerhöhungen aus.

Jetzt heißt es die Fahnen hissen.

In der Bundesstadt wütet dieser Tage ein Wahlkampf, wie sie die ehrwürdige Vaterstadt der Bundesberg wohl lange nie mehr erlebt hat, trotzdem es um das St. Vinzenzspital herum stets so ordentlich „heißt“ und raffelt vom Wahngelirte der politischen Kämpfe. Der allerschwächste Liberalismus ringt im letzten Verzweiflungskampfe mit seinem unabweisbaren und sehnsüchtigen Zuhne, dem Sozialismus.
Der gleiche Kampf hat jedoch im deutschen Reich seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Die gleiche Krankheit, die nämlichen Heilungsversuche.
Währenddem wir Lustig gehalten haben nach dem Beschlusse unserer Nachbarn ringsum in weiteren Ländern, ist der Kampf um die St. Vinzenzspital eingeleitet und anstehend geworden. Es ist kein Zweifel, wir haben dem Liberalismus einhelliges Verbot in unser Haus. Und er hat nach dieser Toleranz reichlichen Gebrauch gemacht; unter allerlei Vorwänden und täuschenden Schleiern hat er alles ergriffen von manchem Posten, der nie hätte in andere Hände kommen sollen. Wir meinen hier nicht etwa Stabsstellen und Ehrenposten, das sind Nebenfragen. Von viel wichtigerem ist die Rede.
Man wird die Fragestellung verstehen, wenn wir zum ersten Nachdenken folgende Gedanken der Öffentlichkeit vorlegen, die ein Parteigewinn des deutschen Zentrums bei Anlaß der freien Wahlgeheimen Wahlen seinen Mühsägern präsentiert hat. Wenn hier vom Zentrum die Rede ist, so mag der Leser an seine Stelle unsere eigene Partei setzen und die Annahmen ergeben sich von selbst.
Man höre:
Den einen großen Fehler, den das Zentrum sicherlich gemacht hat, ist der, daß es einen

Unterschied machte zwischen ideellen und religiösen Interessen auf kulturellem Gebiet und rein wirtschaftlichen und rein politischen Ideen und Prinzipien. Es dachte zu wenig daran, daß der Katholizismus nicht nur Religion ist, sondern auch Wirtschaft und ganz genommen ein politisches und ein wirtschaftliches Programm.
Diese katholische Wirtschafts- und Staatsauffassung aber gibt es gerade heute, wo die Welt in drei Richtungen abgesehen wird: in die ausgedehnte, in die liberale, in die sozialistische, und den gleich bunten Sozialismus wieder aufzupflanzen und hoch zu halten. Vom heutigen reißenden materialistischen Strom und zum Teil auch aus Opportunismus mitgerissen, hatte sich das Zentrum zu stark nach links gewendet. Und die Folge dieser Abzweigung war die rechtserrichteten Abänderungsbestrebungen in Belgien und in den Rheinlanden.
Daher wird das Zentrum gut tun, auch ein bisschen an die eigene Brust zu klopfen und mea culpa, mea maxima culpa zu sagen. Nicht nur die Wahlprogramme und die Wahlreden müssen katholisch sein, nein, auch nach den Wahlen muß katholisch gehandelt werden in faktureller, aber auch in politischer und wirtschaftlicher Beziehung.
Wir schreiben einst für die christlich-sozialen Partei Österreichs: „In Koalition zu sein mit einer in ihren grundlegenden Prinzipien absolut materialistisch hergerichteten Partei ist eine sehr gefährliche Sache, besonders für eine katholische Partei, die ja ihre Wirtschafts-, Sozial- und Staatspolitik nicht nach den Tiermenschen, sondern nach den göttlichen Zielbestimmungen für die ewige Seele des Menschen richten muß. Die in der Koalition unvermeidliche Kompromisspolitik muß naturgemäß den Prinzipien Vortritt tun. Der Gefahr, mit der Koalition vor Sozialdemokratie in ein allzu rein wirtschaftliches, rein soziales oder rein politisches Fahrwasser zu geraten, scheint auch die christlich-sozialen Partei Österreichs nicht ganz entgangen zu sein.“

„Ganz dasselbe gilt nun auch fürs Zentrum. Bedenken wir immer, der Opportunismus, der besonders in der Koalitionspolitik seine gefährlichsten Blüten treibt, hat den Katholiken für die weite Zukunft nie recht viel genützt. Er hat mehr nur die Verfolger einmütig und die Verfolgten geschwächt. Wieviel Glaubensschwäche, ja sogar Glaubensabfall bei unserem katholischen Volke wohl auf das Schuldkonto des Opportunismus und die Kompromisserei zu schreiben ist, das ist eine

Frage, deren Untersuchung wohl ein juchend nahendes Resultat bringen würde.“
So ein Angehöriger des Zentrums im „Basler Volksblatt“ (Nr. 130 vom 5. ds.). Wir setzen diese Ausführungen hier, nicht etwa um unsererseits auch Kritik zu üben am Zentrum, ja, auch wir zu wenig Einblick haben in die dortigen Verhältnisse, um als Richter aufzutreten. Aber die obigen Ausführungen erinnern so deutlich an gleichartige Zustände bei uns, daß es nur von Nutzen sein kann, wenn wir zeigen, wie schief man seitens des Rheinlandes des Messer der Kritik ansieht zum Zwecke der Befreiung.
Ist es nicht höchste Zeit, daß wir dem mutigen Beispiele folgen? Darum die Lösung: hiffet die Fahnen der unverwässerten Grundfahne.

Für uns Katholiken vor allem

erwacht die Pflicht, den Friedenswächler, der vom Stuhl Petri herfließt, weiterzugeben. Dieser Ruf zu Friede und Völkerverständigung soll nunmehr durch alle unsere Versammlungen ertönen, er soll unsere Presse beherrschen, an unseren Katholikentagen dominieren, er soll unsere Polemik werden, die wie ein Fanfarenstöß immer wiederholt über die Erde dahindringt. Friede, Völkerverständigung! Das ist das Gesamtziel des heiligen Vaters, das sei das große Ziel, an dem wir alle arbeiten wollen zum Besten der Menschheit.
Auf Entschloß müßten wir hier noch freudig hinzutreten. Im Kampfe um den Völkerverbund sind wir überzeugt eingestanden für den Völkerverbund in den Verfall der Völkerverbund. Wir schreiben damals: Gehe man uns einen wahren auf Gott und Gerechtigkeit beruhenden Völkerverbund und wir sind dabei; die rote Internationalen und den Freimaurerbund, der nur den Völkerverfall sichern soll, lehnen wir ab.
Gute finden wir unsere Stellungnahme als die richtige bestätigt. Der Papst empfiehlt die Schaffung eines Völkerverbundes, aber eines solchen, der auf dem christlichen Gele aufgebaut ist.
(„Garnon Nachrichten.“)

Ein Dementi des „Diktator Romano“

Der „Diktator Romano“ meldet, das katholische Blatt „Vingetane Siecie“ berichtet unter Vorbehalt, der Papst hätte zu dem Zwecke, die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan wiederherzustellen, und nachdem er festgestellt hatte, daß sein Schritt in Paris gut aufgenommen wurde, die katholische Volkspartei ge-

boten, das Kabinett Miti, dessen anti-französische Politik immer härter wurde, nicht mehr zu unterstützen.
Der „Diktator Romano“ sagt bei: Wir sind ermächtigt, diese Nachricht in aller Form und auf das Entschiedenste zu demontieren, die übrigen von dem französischen Blatt schon mit Vorbehalt veröffentlicht wurde. Der heilige Stuhl ist und bleibt dem Tun und Lassen und der Haltung aller politischen Parteien, insbesondere der katholischen Volkspartei, vollständig fern.

Aus der Bundesversammlung.

Bern, 9. Juni 1920.
Nationalrat.
Vorübergehende Lagerführungen der Eisenbahnen.
(Fortsetzung der Eintragsdebatten.)
Z. Schmid, Solothurn (frei.), erklärt zunächst, daß er seinen Antrag in der Kommission auf Nichterweiterung fallen lasse, daß er aber den Antrag auf Erreichung der Dränglichkeit aufstellen werde, um so dem Volke das Mitspracherecht zu sichern. Das verlangen die Sozialisten immer! Gattret, Genf (kathol.), empfiehlt Einstimmigkeit. Von Moos, Graubünden, ist prinzipiell für Eintritte, möchte aber die Zuschläge nicht geändert sehen, namentlich nicht im Hinblick auf die Lage der schweizerischen Bahn. Würde diesem Wunsch nicht entsprechen, so würde der Sprecher und mit ihm wohl alle Vertreter als Gegner mit Nebenbahnen die Vorlage ablehnen. Cassin, Graubünden (frei.), sieht die Vorlage nicht ganz und bezweifelt, daß diese Lagerführungen angesichts der vermehrten Personalausgaben vorübergehend sein können. Diese Zusätze sollten deshalb noch genauer nach der volkswirtschaftlichen Seite hin geprüft werden, weshalb sich z. B. Nichterweiterung empfiehlt.
F. v. R. Haus, Bern (W. S.), verwandelt sich für Eintritte und wird, obwohl Vertreter einer Nebenbahn, angesichts der Notwendigkeit auch für die neue Zifferierung der Zuschläge stimmen.
Bundesrat G. a. b. erklärt zunächst, daß am Morgen vorgebrachte Vorlage Balka auf Aufhebung der Vergütungsklage sei vorab nicht durchführbar. Die Vergütungen seien natürlich ganz andere Anforderungen an den Betrieb wie Zifferierung, das gilt sowohl für die Gotthardbahn, wie für andere Bahnen, z. B. auch für die Ostschweizerbahn. Dem Bundesrat einer Aufhebung der Vergütungsklage hätte lediglich das Baslerland auf Seiten der schweizerischen

Neuigkeiten

David am Hofe Sauls.

Aus einem apokryphen Leben Davids von B. Zapletal, O. P.

So wiedererschlagen und vorstell die Israeliten gelassen waren, als Goliath aus den Reihen der Philister hervorgetreten war und höhnend sie als „Knechte Sauls“ zum Zweikampf aufgefordert hatte, so freudig und geräuschvoll geschrien sie sich nach dem erfolgten Siege. Wohl Jubel schrien sie heim, mit weinvoller Beute schwer beladen. Sie hatten im feindlichen Lager kostbare Gegenstände gefunden; denn die Zelte der Philisterfürsten samt ihren Schätzen waren in ihre Hände gefallen. Groß war auch die Zahl der erbeuteten Waffen und Gewänder der Gefangenen. Und weil die Israeliten bis zu den Städten der Philister siegreich vorgedrungen waren, erbeuteten sie außerdem noch zahlreiche Herden, Adler- und Gänsegerätschaften, Getreidevorräte und Kleidungsstücke.
Saul sorgte für eine gerechte Verteilung der Beute. Für sich behielt er die reich ausgestatteten krieglichen Zelte und einen ansehnlichen Teil der Waffen, das übrige überließ er den Kriegern, um sie für künftige Unternehmungen um so leichter zu gewinnen.
Daherum wählten sich die mächtige Beute der Philisterherden über die Philisterherden zu

den Anhöhen des jüdischen Gebirges, die sie langsam erlöseten, indem sie die erbeuteten Herden und die schwer beladenen Esel vor sich hertrieben.
Weil man gewöhnlich nach Stämmen und Geschlechtern geordnet zu ziehen pflegte, gingen die Brüder Davids inmitten der Krieger von Bethlehem und besprachen noch lebhaft die Einzelheiten des Feldzuges. „Wir haben den Helden David verkannt!“ sprach der erhabene Elab. „Wir haben ihn für einen müßigen Tränner gehalten, denn es an männlicher Tapferkeit fehlte und doch hat er den Ausschlag gegeben!“
„Wie demütigend war es für uns alle“, fiel Abinadab ein, „als Goliath aus höhnte und keiner von den Unseren den Mut hatte, ihm entgegenzutreten. Wir wollten sogar David daran hindern, daß er den Riesen angreife!“
„Der Vater wird sich freuen“, bemerkte jetzt Schamma, „wenn er erfährt, was David geleistet hat. Und erst seine Mutter! Wie wird die jubeln! Hoffentlich wird sie uns nicht an die Neden erinnern, die wir in ihrer Gegenwart über das schwärmerische Wesen ihres Sohnes führten!“
„Wir würden es wahrlich verdienen!“ sprach Elab.
Indessen zog David im Gefolge Sauls als dessen Waffenträger. Er trug den königlichen Schild als Abzeichen seiner neuen Würde und trieb drei Esel an, welche seine Beute trugen. Darunter befanden sich die schweren Waffen

Goliaths. Am den König scharten sich seine vier Söhne, Jonathan, Abinadab, Malischua und Jischbaal, die sich alle an dem Kriege beteiligt hatten. Ihnen folgte die Leibgarde mit Mörsern an der Spitze.
Saul ging trotz des gewonnenen Sieges still und nachdenklich einher, er richtete kaum ein Wort an seine Söhne. Diesen fiel es weniger auf, weil sie ihn oft in solcher Verfassung sahen. Wohl aber fand es David eigenartig und kann über die Ursache nach, die den König so verhalten und unglücklich machte. Dachte er vielleicht an seine Verwundung? Wachte er gar, wer ihm folgen sollte? Aber dann hätte er mich nicht zu seinem Waffenträger ernannt und mich an seinen Hof gezogen!“ sagte sich David im Stillen.
Während sich der Jüngling mit diesen Gedanken beschäftigte, wurde ihn der König zu sich und fragte wohlwollend: „Wie ist dein Befinden? Hat dich der Kriegszug nicht allzu sehr ermüdet? Freilich hast du mir schon gesagt, daß du als Hirte kampfgewandt bist. Aber die Verwundung der Philister war außerordentlich.“
David, der sich daran mit Schwert und Lanze beteiligt hatte, antwortete: „Dein Diener befindet sich wohl.“ Er schloß aus dem freundlichen Worten Sauls, daß er von der Züchtigung durch Samuel keine Ahnung habe.
„Kommst du auch gerne mit mir? Du wirst dein Hirtenleben, denn du mit Leib und Seele ergeben warst, aufgeben müssen. Wird es dir nicht leid tun?“

„Da es mir jetzt möglich sein wird, gegen die Feinde unseres Volkes zu kämpfen, so werde ich dem Hirtenberuf leicht entsagen können.“
In diesem Augenblicke näherten sich dem König die Brüder Davids, um von Saul und seinem Bruder Abschied zu nehmen. Denn Bethlehem lag jüdischer als Gibeon, wohin sich der König mit seinem neuen Waffenträger begab. Der König, der die Herannahenden nicht erkannt, fragte nach ihrem Begehren.
„Der nächste Weg nach rechts führt uns schnell nach Bethlehem“, sprach Elab, der älteste der Brüder, „und wir wollten uns nicht entfernen, ohne unsern König und unsern Bruder David zu begrüßen.“
„Also ihr seid meine Brüder? Ihr könnt auf ihn stolz sein. Er hielt sich brav. Wohin geht er?“
„Und grüßt mich auch die Mutter!“ fiel David ein.
„Wir werden es tun und wollen deine große Tat berichten. Wie wird sie sich freuen!“
„Ja, David ist für immer berühmt geworden“, sprach wieder der König. „Und da ich gute Krieger an meinem Hofe brauche, darf er unter ihnen nicht fehlen. Mich freut es ungemein, daß ein Jüdischer sich so sehr hervorgetan hat.“
Die Brüder neigten sich tief vor dem König und küßten herzlich ihren Bruder, der sie bald seine Seite nach Gibeon zu schicken.
(Fortsetzung folgt.)

Wesesen
Lager
RENDER
Wesen
Lager
Maurer
Freiburg
Maschinen
Bedingungen.
prima
1806
storff

Wirtschaftspolitik. Die Aufhebung der Gottlieb-Bergzuschläge würde einen Anstieg von insgesamt 10,3 Millionen Fr. ergeben; Aufhebung aller Bergzuschläge hätte einen jährlichen Anstieg von rund 16 Millionen Fr. zur Folge. Der direkte Vorteil für den Tessin würde aber höchstens 600—700,000 Fr. ausmachen. Ein solches Geschäft wird der Tessin dem Bund nicht zumuten wollen. Wo man dem Tessin entgegenkommen konnte, ist dies geschehen, was Neben an einzelnen Beispielen belegt. Das Lager der S. B. zu Gunsten des Tessin beträgt mehr als 1 1/2 Millionen Fr. Endlich ist die neue Vorlage mit ihrer neuen Skulptierung der Zuschläge eine weitere Konzession an den Tessin. Der besondern Lage des Kantons Tessin wird auch die der allgemeinen Revision Rücksicht getragen werden. Jetzt tut aber Eile not, die Lage der S. B. und der Privatbahnen trägt keine weitere Verzögerung. Es handelt sich um Leben und Tod der Nebenbahnen und um den Kredit der S. B. Die Behauptung, die Reorganisation der S. B. bestehe die finanziellen Schwierigkeiten, ist ein Irrtum. Zuschüsse von Nebenbahnen und S. B. kann der Bund nicht mehr gewähren. Nationalrat Gottrick Meinung, daß das Personal noch mehr reduziert werden könnte, dürfte schon zutreffen und es befürchtet sich bereits eine spezielle Kommission mit dieser Frage. An eine Abschaffung der Mithäufigen Bahn ist nicht zu denken; sollte ein Nachteil sich doch ergeben, so wäre es Pflicht des Departements, sofort für Abhilfe zu sorgen.

Die vorgezeichnete Lagererhöhung ist notwendig, sie bleibt noch weit unter dem, was das Ausland in dieser Hinsicht vorgekehrt hat. Die Einkommensdebatte ist damit erschöpft. Mit 73 gegen 9 Stimmen wird die Eintritte beschlossen.

Detailberatung.

Die bereits mitgeteilten Erhöhungen passieren ohne Diskussion. Stoll, Zürich (freil.) wünscht, es seien die Arbeiterabkommens nicht zu verteidern. Bundesrat nach sichert Prüfung zu, warnt aber vor einem ideematischen Beschluß. Da ein formeller Antrag nicht vorliegt, wird der Abschnitt und Personenverkehr wiederprüfungslos angenommen.

Beim Abschnitt B, Gepäc- und Expressüberkehr, beantragt Fraut, Zürich, (soz.), daß 20 % neu 30 % Zuschlag auf Logen für Eilzüge zu erhöhen, wie das die S. B. ursprünglich vorgeschlagen hatten.

Der Rat entscheidet sich mit 55 gegen 27 Stimmen für einen Zuschlag von 20 %.

Beim Abschnitt Verkehr mit lebenden Tieren beantragt Calli, die gegenwärtigen Logen beizubehalten. Der Rat stimmt aber mit 61—7 Stimmen der vorgeschlagenen Erhöhung zu. Für die Beförderung von Sommerfahrern beantragt von Moos, Graubünden (freil.), eine Ermäßigung von 40 % statt wie vorgeschrieben 25 %. Schmid, Morgau (soz.), teilt mit, daß die Kommission diesen Antrag bereits abgelehnt habe und befürwortet hier ebenfalls Ablehnung. Auch Bundesrat Haab spricht für Ablehnung dieses Antrags. Die Landwirtschaft sollte sich mit dem ausgewiesenen Entgegenkommen zufrieden erklären können. Frau erinnert an die Erleichterung des Stationsdienstes durch diese Spezialfälle. Mit 34 gegen 22 Stimmen wird der Antrag von Moos abgelehnt.

Entgegen dem Kommissionsantrag auf Dringlichkeitserklärung stellt und begründet Schmid, Morgau (soz.) den Antrag auf Befreiung der Referendare vom Militärdienst.

Nationalrat.

Bern, 10. Juni 1920.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Mit 86 gegen 26 Stimmen wird der Antrag Schmid, Morgau (soz.), auf Befreiung der Referendare vom Militärdienst, abgelehnt. Auf Antrag von Bundesrat Haab wird die Inkraftsetzung der neuen Logen auf 1. Oktober 1920 erfolgt.

Art. 5 nimmt die endgültige Revision des Tarifgesetzes in Anbetracht und der Bundesrat prüft, inwieweit die Verhältnisse es gestatten. Schmid, Morgau (soz.), verlangt folgende Fassung: „Der Bundesrat wird befugt, die nötigen Vorlagen... unterbreiten.“

Garbani, Tessin (freil.), stimmt dieser Fassung zu und tritt dann auf die besonderen Wünsche des Tessins ein. Er behauptet, daß der Tessin für die Bergzuschläge anderweitig reichlich entschädigt worden sei.

Dominik, Tessin (freil.), führt aus, man dürfe die Bergzuschläge nicht nur von der fiskalischen Seite her betrachten und dabei die politische Seite übersehen. Die Tarife würden prohibitiv und schädlichen der Tessin von der Schweiz ab. Im dem Augenblick, da der Tessin keine Wasserkräfte für die Elektrifizierung der S. B. billigt zur Verfügung stellt, trotz glänzender Offerten des Auslands, ist es politisch unklug, die Tessiner durch neue Zuschläge zu drücken. Der Tessin erwartet vom Bund eine seine Interessen berücksichtigende Eisenbahnpolitik.

Gelpke, Basel (V. B.), unterstützt lebhaft die Wünsche der Tessiner und empfiehlt vermehrtes Entgegenkommen, jenseit der Tessin wirtschaftlich bedrängt und seine Bevölker-

ung vielfach zur Auswanderung gezwungen sei.

Bundesrat Haab gibt darauf namens des Bundesrates die formelle Erklärung ab, daß er die Generaldirektion der S. B. sofort zur Vorbereitung der Revision des Tarifgesetzes auffordern werde.

Damit ist Art. 5 in der Fassung Schmid unbestritten und er wird so angenommen.

In der Schlussabstimmung wird die Vorlage mit 95 Stimmen bei zahlreichen sozialistischen Enthaltungen angenommen. Gest an den Ständerat.

Zuschlagsfrage.

Für die Kommission referieren Mosmann, Neuchâtel (freil.). Auch hier handelt es sich um einen dringlichen Bundesratsentscheid. Den deutschen Referent billigt mit der Kommission die auf Grund der bundesrätlichen Vollmachten auf Davakerzeugung in den vorgeschlagenen Zollschritten, die durch aus im Landesinteresse lag. Jene Seite, der an der Erhaltung des bürgerlichen Staates nichts gelegen ist, hat dagegen protestiert. Die interessierten Kreise hatten aber Zeit genug sich auf Jahre hinaus zu bedenken. Die Labatbestimmung mit der 30 % zusammen soll nach Experten auf 30—35 Millionen eintragen. Der neue Zoll auf Rohabak macht nur 12 % des heutigen Labatwertes aus, während der alte Zoll 18 % des alten Labatwertes betrug. Aber die Höhe der einzelnen Anlässe kann man freieren, aber in der Hauptsache ist die Notwendigkeit der fiskalischen Maßnahmen unbestritten. Die Anlässe präjudizieren die allgemeine Revision der Zolltarife nicht. Die Schweiz wird auch nicht von ihrer bisherigen wohlhabenden Sozialpolitik abweichen, nur müssen die neuen Zölle sich den veränderten Verhältnissen anpassen. Die in der jetzigen Vorlage vorgeschlagenen Tarifänderungen und neuen Anlässe dürfen als maßvoll bezeichnet werden, als Ausschlag jener weissen Mäßigkeit, die auf Billigung jener allfälligen Elemente Anspruch erheben darf, denen an der Befreiung der Staatsfinanzen gelegen ist. Die große Mehrheit der Kommission empfiehlt Entzettel.

Raine, Neuchâtel (soz.), begründet den Antrag der Kommissionsminderheit (6 Sozialisten): es sei die Motion Raine, durch die der Rückzug des Bundesratsbeschlusses über Erhöhung der Labatzölle verlangt wird, erheblich zu erklären. 2. Auf den Beschlußentwurf des Bundesrates über die Währungsreform des Zolltarifs sei nicht einzutreten. Die Minderheit weigert sich, der Staatskasse Geld auf Kosten der Lebenshaltung zuzuführen. Der Staat soll seine leeren Kassen durch das Mittel der direkten Bundessteuer füllen. In ähnlichem Sinne spricht Keller, Morgau (soz.). Graf, Bern (freil.), empfiehlt Entzettel. Wir können bei den drückenden direkten Steuern um diese indirekten Steuern nicht herum, wenn wir neue Mittel haben müssen. Die neuen Anlässe betrachtet der Sprechende als vorübergehende fiskalische Maßnahme.

Maurer, Genf (lib-dem.), erinnert an die Haltung der Konsumvereine, welche die vorgeschlagene Erhöhung als zu wenig sichtbar erkannten, daß sie beschließen, sich zu dieser Frage neutral zu verhalten. Durch die indirekten Steuern kann jeder seinen Teil an die allgemeinen Lasten beitragen. Laßt man sich nicht durch die Verneinung auf die Vollrechte von jenen hinter das Licht führen, die im Grunde keine Vollrechte wollen.

Jenny, Bern (V. B.), anerkennt die Dringlichkeit dieser Vorlage. Die kommende Zolltarifrevision muß auch die Lage im Ausland berücksichtigen können, welche noch nicht abgeklärt ist. Stimmt Redner der Vorlage als Ganzem zu, so hat er doch Bedenken bezüglich der dadurch bedingten Verletzung der Handelsfreiheit. Würden einzelne Positionen noch geändert, so würde sich der Sprechende zurückhalten, darauf vorbehaltlich bezüglich der Labatzölle behauptet Redner nur, daß diese Vorlage nicht schon vor Jahren eingbracht worden ist. Die Preisserhöhung hat ja schmerzlich auf den Verbrauch gewirkt.

Frey, Zürich (freil.). Raine vermisst die gesetzlichen Grundlagen der Vorlage; er will aber an die Vollmachten von Bundesrat und Parlament erinnern, die in diesem dringlichen Fall sich gebieterisch aufdrängen. Der Staat kann, wenn er in Not ist, nicht auf das wirtschaftliche Interesse des Einzelnen abstellen. Im Bezug auf die Höhe der indirekten Steuern ist zu sagen, daß die Zölle 1900 47 1/2 %, 1913 45 % und 1918 nur noch 19 1/2 % der Gesamteinnahmen ausmachten. Die noch so einschneidende Belastung einer kleinen bestehenden Minderheit genügt nicht allein für die Bedürfnisse des Staates. Trotz aller Drohungen ist der Konsumverein neutral geblieben. Die sozialistische Behauptung von der Größe der neuen Belastung ist falsch. Auch relativ haben wir geringere Zollbelastung als andere Länder, weshalb die Kritik an dieser Politik ungerechtfertigt ist.

Freitag: Zuschlagsfrage.

Der Ständerat

fehl die Beratung des 13. und 14. Neutralitätsberichts beim Volkswirt-

schaftsdepartement fort. Böhli, Thurgau (freil.), stellt fest, daß den Uberschüssen Kriegswirtschaftlicher Organisationen (S. S., Treuhändlers, Weidung für industrielle Kriegswirtschaft) Beschlüsse anderer Organisationen (Lebensmittelverfälschung) gegenüberstehen. Es ist daher nicht verständlich, daß die Einmahnüberschüsse nicht dem Bund verbleiben, sondern an Interessengruppen oder für die Liberalität verteilt werden sollen. Die Kommission wünscht, daß von solchen Zuwendungen vor Eingang der Generalabrechnung der Kriegswirtschaftlichen Organisationen abgesehen wird; einen Vorzuganspruch haben diese Organisationen nicht. Usteri, Zürich (freil.), erinnert daran, daß der Uberschuss der Treuhändlers von 275,000 Franken dem Schuffolds der eig. technischen Hochschule zugewiesen wurde. Die Uberschüsse der Abteilung für Kriegswirtschaftliche Industrie gingen auf Kapitalverwaltung; über diese wurde nicht separat verfügt. In der Verwendung der Uberschüsse der S. S., die der Bundesverwaltung fern stand und auf einem internationalen Abrechnungskonto beruhte, ist der Bundesrat nicht frei; er muß sich den Organisationen für Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft zuhalten.

Hier wird der Neutralitätsbericht unterbrochen und die Prüfung der Staatsrechnung für 1919 begonnen. Kommissionsreferent Andermatt Zug (kathol. Konf.), betont die Notwendigkeit baldiger Liquidation der Kriegswirtschaftlichen Organisationen.

Beim Bericht des Militärdepartements verweist Referent Herliker, Morgau (fr.), darauf, daß das Kriegsmobilisationskonto auf Oktober 1919 abgeschlossen ist und von 1920 wieder normale Rechnungsweise besteht. Er erinnert an das 50-jährige Jubiläum von Oberstkommandant Peter Zeller und spricht ihm den Dank des Landes für sein hervorragendes Wirken aus. Darüber, was in Zukunft mit den Beschlüssen gesehen soll, wird man sich klar werden müssen. Speziell für St. Maurice wird für den Fall der Preisgabe der Neutralität von Zoloblen die Frage allfällig werden. Der Kommission wird dem Rat später einen besonderen Bericht über diese Frage vorlegen. Morgen Fortsetzung.

Die unerhörte Verjudung der Wiener Universität.

Wien. (Kp.) Die in jüngster Zeit wieder neu ins Leben gerufenen „Österreichische Korrespondenz“ (Wien IX, Säulengasse 12) nimmt mit erfreulicher Entschiedenheit den Kampf auf gegen die Verjudung in Deutschland. So weist dieses unterhaltenswerte Korrespondenz-Organ neuentens auf die entsetzliche Verjudung der Wiener Universität hin, die belamlich noch jüngst anlässlich den Schöngereien zwischen Wiener Universitätsjuden abgelehnt worden war. Zufolge „De. R.“ sind heute an der medizinischen Fakultät 70 % aller Professoren Juden! An den Kliniken herrscht ein ähnliches Verhältnis; so verzeichnen die Spezialisten an der Ohrenklinik 78 1/2 % Juden! An der rechtswissenschaftlichen Fakultät sind 60 % Judenprofessoren. An der philosophischen Fakultät sind besonders die Führer der Historik und Germanistik herjudet. „De. R.“ führt im ganzen 49 Namen auf. Sehr bezeichnend ist auch, daß sozusagen ganze Judenfamilien mit ihren Söhnen aufstehen! In der Universitätsbibliothek antieren auch bereits 8 Juden. Das Anwachsen der Judenjahre zeigt sich auch bei der Hörschule. Wenn man die Zahl der Hörer im Wintersemester 1910/11 und im Wintersemester 1917/18 vergleicht, so muß man an der juristischen Fakultät ein Anwachsen der Juden von 25 % auf 39 %, an der medizinischen von 36 % auf 58 %, an der philosophischen von 19 % auf 45 % feststellen. Dabei betragen die Juden nur 2—3 % der Gesamtbevölkerung!

Verlotterung der sittlichen Begriffe.

Die „Lothringener Volkszeitung“ meldet, daß Ausfühler am Pfingstmontag auf dem Gartmannweidertopf, der Stätte der langjährigen Vlutigen Kämpfe, gelangt haben. Man kann diese Rohheit nicht besser kennzeichnen als durch die Worte, mit denen der französische General Labornis den Standal vorurteilt: „Jene, die sich diese Beschimpfung über Toten erlauben haben, wissen wahrhaftig nicht, daß auf dem Gartmannweidertopf über 2000 Franzosen gefallen und begraben sind, daß auch 3000 Deutsche dort gestorben sind, die erheben damit das Glas französisch, und die letzteren damit es deutsch bleibe. Dieser Boden, der buchstäblich vom Blut durchtränkt ist, ist ein Ort, wo Tränen fließen, wo die Häupter sich entblößen, wo aber Totenköpfe nicht hingehen sollen.“ Auf einem Friedhofe, auf den Grabstätten der Witwenhelfer zeigen — das zeigt von einer äußersten Verrohung.

Ausland

Parlamentarische Besprechungen in Berlin. Berlin, 10. Juni. (Wolff.) Die beiden Parteien der Rechten sowie die Demokraten hielten am Mittwoch Besprechungen ab, die heute fortgesetzt werden.

Der Präsident des republikanischen Konvents. Chicago, 10. Juni. (Havas.) Senator Lodge wurde als händiger Präsident des republikanischen Konvents gewählt.

Ungarischer Ministerrat. Budapest, 10. Juni. (U. B. V.) Am Mittwoch vormittag neun Uhr fand ein Ministerrat statt, an dem sämtliche Kabinettsmitglieder teilnahmen und der bis halb zwölf Uhr dauerte. Die Mitglieder der Regierung begaben sich hierauf zu Reichsvertreter Forth, unter dessen Vorsitz eine mehr als einstündige Beratung stattfand.

Unter dem Eindruck der jüngsten politischen Ereignisse hielten die christlichnationalen Vereinerung und die Partei der kleinen Landwirte getrennte Versammlungen ab, in denen eine gleichlautende Resolution angenommen wurde. In dieser wird betont, daß beide Regierungsparteien bezüglich der Lösung der harrrenden Aufgaben vollkommen übereinstimmen. Zweck der Resolution ist die politische Zusammenkunft wurde ein gemeinsamer Erklärungsaustrich geformt.

Der Staatssekretär für Landesverteidigung, Patasch erklärte, der Reichsvertreter habe dem ihm unterbreiteten Plan zugestimmt und sei entschlossen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und größter Energie im Lande Ordnung zu halten.

Ständische Versammlung der Boyarberger Sozialisten. Buzegon, 10. Juni. (Kp.) Die sozialistischen Verantstalter der Demonstration vor der Landesregierung gegen die Milchpreisbildung berufen auf Mittwoch abend eine Versammlung auf dem Volkshofplatz neben der Landesregierung ein. Landeshauptmann Under ließ öffentlich bekannt machen, daß Versammlungen unter freiem Himmel während der Tagungen des Landtages gesetzlich verboten seien. Die Versammlung wurde daraufhin in einen Saal verlegt. Es sprachen der sozialistische Landeshauptmann Stellvertreter Preis und Kausen. Preis schäuferte die Entwicklung des Milchpreises und behauptete, die Landesregierung sei der Gesangene der Bauernschaft. Kausen fragte die Versammlung, was sie zu tun gedente, wenn der Landeshauptmann sich weigere, eine Sitzung der Landekommission für Vieh und Fett einzuberufen und beantwortete diese Frage mit der Forderung, der Landeshauptmann solle von seinem Posten zurücktreten. Die Versammlung forderte ferner die Wabaltung von Neuwahlen in den Landtag, damit ein Landtag zustandekomme, der den Bauern mehr Widerstand leiste. Die Versammlung verabschiedete sich gegen die Wabaffung der Bauern und verlangte die Einziehung der Waffen. Die Versammlung verlief teilweise sehr stürmisch.

Französischer Protest. Paris, 10. Juni. (Havas.) Bezüglich des französischen Protestes gegen die schwedischen Regierung wegen des von Schweden zur Zahlung angebotenen Goldes schreibt der „Parisien“, die Regierung habe dem französischen Gesandten in Stockholm Weisungen zukommen lassen, er solle im Namen der französischen Regierung russische Renten die bolschewistischen Depots in Rubeln und Goldbarren in Stockholm mit Beschlag belegen lassen.

Während seinerzeit hat dem schwedischen Gesandten in Paris kürzlich die französischen Proteste gegen die Zulassung dieser Transaktionen wiederholt. Wechsliche Schritte werden auch in London unternommen werden, da dort nächstens ein von den Bolschewisten genutztes Schiff mit Gold und Platin eintreffen soll. Dieser Protest soll durch das Begehren der Beschlagnahme vervollständigt werden, das die französischen Justizbehörden russische Renten an die britische Regierung richten werden. Sie werden dann offenbar von der englischen Regierung hierüber Ansuchen unterrichtet werden.

Niesige Schiebungen in Köln. Berlin, 10. Juni. (Wolff.) Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge hat die Kölner Kriminalpolizei mehrere Personen wegen riesiger Schiebungen, durch die die Wohnbevölkerung um über 10 Millionen geschädigt wurde, festgenommen. Es waren ganze Wagenladungen Spiritus usw. verschoben worden.

Die Lage der österreichischen Presse. Wien. (Wolff.) Die Generalversammlung der Vereinigung der österreichischen Tageszeitungen nahm einstimmig eine Entschlieung an, in der es heißt, daß die gesamte österreichische Presse außer Stande ist, für ein Kilo Zeitungspapier mehr als 5 Kronen für eigene Rechnung zu zahlen. Es muß der Regierung überlassen bleiben, die Verhandlungen mit dem Papierfabrikanten zu führen, daß die Zeitungen keine weitere Belastung der Ware zu tragen haben, was sonst zum endgültigen Zusammenbruch der ganzen Zeitungsindustrie führen würde.

Bolschewistische Meutereien. London, 10. Juni. (Havas.) Bei den in Mosk-

den von dem letzten Meuterei wurden fünf amerikanische Soldaten umgebracht. Angehöriger der russischen Armee, die in der Nähe von Moskau stationiert sind, haben die Meuterei überfallen und vom Meuterei getötet. Die Behörden beträchtlichen

Ed

Gegen die Zulassung. Die Liga schweizerischer Frauen hat die Zulassung der Bundesrat gegen die 16 Millionen abgelehnt. Der Bundesrat hat die Zulassung abgelehnt. Der Bundesrat hat die Zulassung abgelehnt.

Von den Frauen. 10. Juni. (Havas.) Der in Graubünden abgelehnt die Zulassung abgelehnt. Die Zulassung abgelehnt. Die Zulassung abgelehnt.

Der Staatssekretär für Landesverteidigung. Patasch erklärte, der Reichsvertreter habe dem ihm unterbreiteten Plan zugestimmt und sei entschlossen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und größter Energie im Lande Ordnung zu halten.

Ständische Versammlung der Boyarberger Sozialisten. Buzegon, 10. Juni. (Kp.) Die sozialistischen Verantstalter der Demonstration vor der Landesregierung gegen die Milchpreisbildung berufen auf Mittwoch abend eine Versammlung auf dem Volkshofplatz neben der Landesregierung ein. Landeshauptmann Under ließ öffentlich bekannt machen, daß Versammlungen unter freiem Himmel während der Tagungen des Landtages gesetzlich verboten seien. Die Versammlung wurde daraufhin in einen Saal verlegt. Es sprachen der sozialistische Landeshauptmann Stellvertreter Preis und Kausen. Preis schäuferte die Entwicklung des Milchpreises und behauptete, die Landesregierung sei der Gesangene der Bauernschaft. Kausen fragte die Versammlung, was sie zu tun gedente, wenn der Landeshauptmann sich weigere, eine Sitzung der Landekommission für Vieh und Fett einzuberufen und beantwortete diese Frage mit der Forderung, der Landeshauptmann solle von seinem Posten zurücktreten. Die Versammlung forderte ferner die Wabaltung von Neuwahlen in den Landtag, damit ein Landtag zustandekomme, der den Bauern mehr Widerstand leiste. Die Versammlung verabschiedete sich gegen die Wabaffung der Bauern und verlangte die Einziehung der Waffen. Die Versammlung verlief teilweise sehr stürmisch.

Französischer Protest. Paris, 10. Juni. (Havas.) Bezüglich des französischen Protestes gegen die schwedischen Regierung wegen des von Schweden zur Zahlung angebotenen Goldes schreibt der „Parisien“, die Regierung habe dem französischen Gesandten in Stockholm Weisungen zukommen lassen, er solle im Namen der französischen Regierung russische Renten die bolschewistischen Depots in Rubeln und Goldbarren in Stockholm mit Beschlag belegen lassen.

Während seinerzeit hat dem schwedischen Gesandten in Paris kürzlich die französischen Proteste gegen die Zulassung dieser Transaktionen wiederholt. Wechsliche Schritte werden auch in London unternommen werden, da dort nächstens ein von den Bolschewisten genutztes Schiff mit Gold und Platin eintreffen soll. Dieser Protest soll durch das Begehren der Beschlagnahme vervollständigt werden, das die französischen Justizbehörden russische Renten an die britische Regierung richten werden. Sie werden dann offenbar von der englischen Regierung hierüber Ansuchen unterrichtet werden.

Niesige Schiebungen in Köln. Berlin, 10. Juni. (Wolff.) Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge hat die Kölner Kriminalpolizei mehrere Personen wegen riesiger Schiebungen, durch die die Wohnbevölkerung um über 10 Millionen geschädigt wurde, festgenommen. Es waren ganze Wagenladungen Spiritus usw. verschoben worden.

Die Lage der österreichischen Presse. Wien. (Wolff.) Die Generalversammlung der Vereinigung der österreichischen Tageszeitungen nahm einstimmig eine Entschlieung an, in der es heißt, daß die gesamte österreichische Presse außer Stande ist, für ein Kilo Zeitungspapier mehr als 5 Kronen für eigene Rechnung zu zahlen. Es muß der Regierung überlassen bleiben, die Verhandlungen mit dem Papierfabrikanten zu führen, daß die Zeitungen keine weitere Belastung der Ware zu tragen haben, was sonst zum endgültigen Zusammenbruch der ganzen Zeitungsindustrie führen würde.

Bolschewistische Meutereien. London, 10. Juni. (Havas.) Bei den in Mosk-

